

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Bremst der Landtag den Marsch in den Verschuldungsstaat?

Verschiedene Vorlagen neben dem Budget 1992 und der Finanzplanung 1992 - 1996 haben mit finanziellen Forderungen der Regierung zu tun

(G.M.) - Auf den Landtag, der heute zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahr zusammentritt, wartet nicht nur ein äusserst grosses Traktandum, sondern das Parlament ist auch aufgerufen, seine finanzpolitischen Verantwortlichkeiten wahrzunehmen. Das von der Regierung vorgelegte Budget 1992 stimmt zwar mit den finanzpolitischen Zielsetzungen überein, doch kann in der Gesamtrechnung ein Gleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag nur durch einen erneuten massiven Einsatz von Reservemitteln hergestellt werden. Die Finanzplanung 1992 - 1996 zeigt überdies auf, dass bei Ausbleiben von griffigen und wirksamen Massnahmen der Weg in einen Verschuldungsstaat führt - mit einer ungedeckten Schuld von 161 Mio. Fr. am Ende der Planungsperiode.

Die mahnenden Worte der FDP-Opposition im Landtag, wenn es um die Staatsfinanzen ging, verpufften in den letzten Jahren wirkungslos an der Haltung der Mehrheitspartei, die mit der grossen Schöpfkelle anrichten wollte. Nicht einmal die Verweigerung der Genehmigung zu einem Voranschlag zeigte die erforderliche Wirkung, obwohl sich schon damals klar abzeichnete, dass nur noch mit dem Einsatz von Fondsreserven das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen zu halten war. Die konjunkturelle Abflachung aber brachte inzwischen eine leichte Ernüchterung im zuständigen Finanzressort, das vor zwei Jahren «neue finanzpolitische Richtlinien» erliess, die nun im Budget 1992 - im Unterschied zum Vorjahresbudget - unbedingt eingehalten werden sollen.

«In Zeiten finanzieller Engpässe»

Der Ernst der Lage spricht nun auch aus den Veröffentlichungen der Regierung zum Voranschlag 1992. Von angespannter Finanzlage war schon im letzten Jahr die Rede, auch in den Reihen der Mehrheitspartei, die Regierung schreibt im Budget-Bericht sogar von «Zeiten finanzieller Engpässe» und ermahnt gleichzeitig die Gemeinden, «ihre Begehren auf Ausrichtung von Subventionen auf die gegebenen Möglichkeiten einzuschränken und die subventionsberechtigten Bauvorhaben auf einen längerfristigen Zeitraum auszurichten.» Viele kleine Schritte, von der Fristerstreckung bei Bauvorhaben über verzögerte Zahlungen bis zur Gebührenerhöhung und der Reduktion von staatlichen Beiträgen, sollen offenbar dem Staatshaushalt zum Gleichgewicht verhelfen und die Kritik am Finanzgebaren der Regierung eingrenzen

helfen. Doch die Strukturereinigung, die der Scherenbewegung zwischen Einnahmen und Ausgaben Einhalt gebieten würde, fehlt vorderhand noch.

Budget und Finanzplanung

Als der Voranschlag 1992 veröffentlicht wurde, zeigte sich der Finanzminister recht selbstzufrieden und optimistisch, als er ausführte - ohne den Abbau der Fondsreserven zu erwähnen: «Der im Finanzhaushaltgesetz verankerte Grundsatz, dass sich Aufwand und Ertrag längerfristig im Gleichgewicht zu halten haben, kann damit als erfüllt betrachtet werden.» Um aber den ausgeglichenen Voranschlag, mit einem kleinen Fehlbetrag von 1,6 Mio. Fr. in der Gesamtrechnung, zu erhalten, ist immerhin ein weiterer Abbau von Reserven im Ausmass von 19,1 Mio. Fr. notwendig. Dass es im Budget 1991 sogar 31,1 Mio. Fr. waren, die

zum Einsatz gelangten, kann nicht darüber hinweghelfen, dass in wirtschaftlich guten Zeiten eigentlich die Fondsreserven erhöht, statt abgebaut werden sollten. Ob die Rechnung der Regierung aufgeht, die in sämtlichen Ertragspositionen im Steuer- und Abgabebereich höhere Einnahmen als im Vorjahr erwartet, wird sich weisen. Der Landtag ist aufgerufen, seiner Verpflichtung nachzukommen, nicht nur spektakulär zum «Rotstift» zu greifen, wie das die VU-Fraktion bei der letztjährigen Budgetdebatte publikumswirksam, aber letztlich wirkungslos machte. Angesichts der Prognosen, dass bis 1996 eine ungedeckte Schuld von 161 Mio. Fr. vorliegen werde, wenn die Ausgaben planungskonform erfolgen und die Einnahmen erwartungsgemäss zufließen, wird das Parlament nicht darum herumkommen, die Regierung auf den richtigen finanzpolitischen Weg zu verweisen.

Nachtragskredite für 1991

Während also der Landtag den Voranschlag 1992 zuerst in Behandlung zieht, folgt auf der Traktandenliste später der Antrag der Regierung auf Gewährung eines zweiten summarischen Nachtragshaushalts.

Insgesamt 26 Kreditpositionen mit einem zusätzlichen Ausgabenrahmen von knapp 2,9 Mio. Fr. stehen zur Beschlussfassung an. Sofern der Landtag diesem Antrag zustimmt, ist der Ausgabenrahmen für 1991, nachdem schon vorher Nachtragskredite bewilligt wurden, um über 15 Mio. Fr. ausgeweitet worden. Was die VU-Fraktion mit dem «Rotstift» punktuell bei der Budgetberatung reduzierte, ist nachträglich mit Nachtragskrediten - immerhin dreimal mehr als die hochgejubelten «Rotstift-Streichungen» - wieder ausgegeben worden.

Wie steht es mit dem Regierungsviertel?

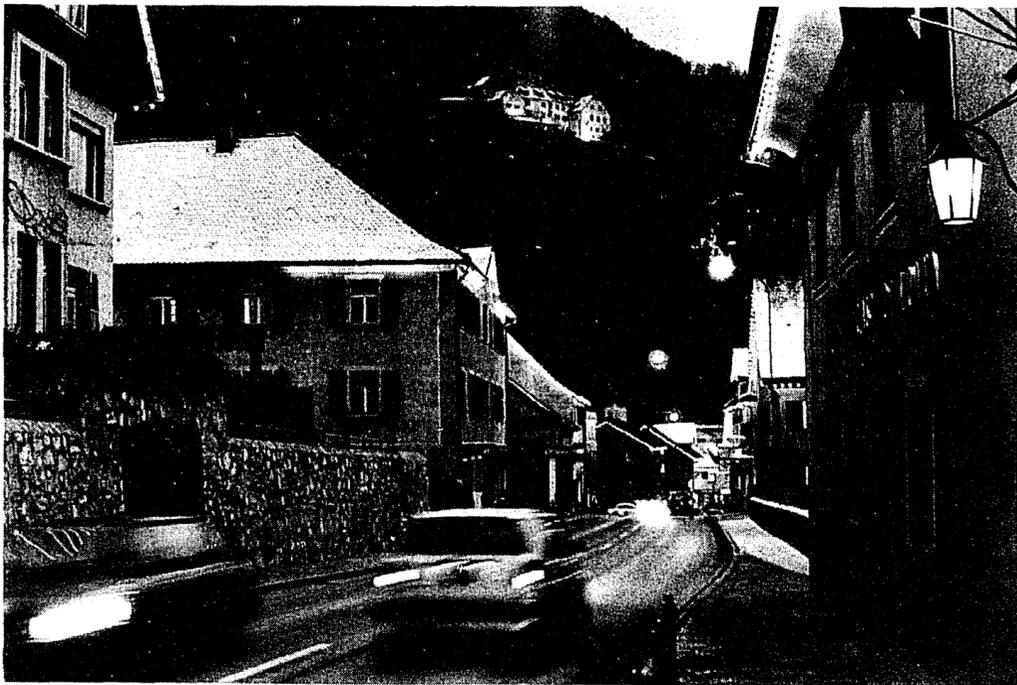
(G.M.) - Wenn es nach der Traktandenliste des Landtags geht, dann haben sich die Abgeordneten heute Mittwoch oder morgen Donnerstag mit der «Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Errichtung des Landtagsgebäudes und weiterer Bauten und Anlagen im Rahmen der Neugestaltung des Regierungsviertels» zu befassen. Allerdings lag gestern noch kein Antrag der Regierung vor, so dass der Landtag entweder mangels Informationen das Traktandum abzusetzen hat oder sich recht kurzfristig - sofern die Regierung doch noch ein Papier unterbreitet - mit diesem nicht geringen Gebäudekomplex auseinandersetzt.

Interessant wird auf jeden Fall die Erklärung der Regierung sein, weshalb dieser Kreditantrag traktandiert wurde, obwohl offenbar noch kein fertiger Antrag vorliegt.

Die Errichtung eines neuen Landtagsgebäudes und die Neugestaltung des sogenannten Regierungsviertels war bereits mehrmals Gegenstand von kurzen Anfragen und ausweichenden Antworten im Landtag, nachdem die Regierung über das Presse- und Informationsamt 1989 verlauten liess, dass mit der «Eröffnung und Inbetriebnahme des Landtagsgebäudes im Herbst 1992 zu rechnen» sei. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die Planung des Regierungsviertels auf einem Teilabschnitt mit Hilfe eines Grundstückes geplant wurde, das sich gar nicht im Besitz des Staates befindet. Ob sich hier eine Änderung ergeben hat, beziehungsweise ob die Regierung den fraglichen Grundstückserwerb oder Tausch tätigen konnte, wurde für die Öffentlichkeit bis anhin nicht bekanntgegeben.

Nachdem in der Vergangenheit jedoch mit relativ grossem Aufwand das Projekt eines Regierungsviertels vorgestellt worden war, stellt sich jetzt doch die Frage, warum über das Zwischenergebnis oder die Änderungen oder allenfalls über das Endergebnis noch keine offizielle Verlautbarung erfolgte.

Weihnachtsbeleuchtung in der Adventszeit



Mit der Adventszeit wird in Vaduz (unser Bild) auch die Weihnachtsbeleuchtung eingeschaltet. Die vielen Lampen entlang der Hausdächer zaubern ein wenig weihnachtliche Stimmung in die kalten Winternächte. Viele hoffen nun auf Schnee, dann wird die Stimmung am Abend noch weihnachtlicher und romantischer. (Bild: Roland Korner)

Nazi-Anhänger in Feldkirch verurteilt

Feldkirch (AP) Das Landesgericht in Feldkirch hat den 50jährigen NS-Propagandisten Walter Ochsensberger am späten Montagabend zu drei Jahren Gefängnis unbedingt verurteilt. Der Herausgeber der Nazi-Zeitschrift «Sieg» wurde der nationalsozialistischen Wiederbetätigung schuldig gesprochen.

Die Zeitschrift mit monatlich über 30000 Exemplaren Auflage propagierte vor allem in der Bundesrepublik ein neues Grossdeutschland und verteidigte die «Ehre» des angeblich verleumdeten Dritten Reiches. Der Staatsanwalt bezichtigte den als Journalisten und Verleger tätigen Ochsensberger in 37 Fällen des Verstoßes gegen das in der österreichischen Verfassung verankerte Verbot der nationalsozialistischen Wiederbetätigung.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz
Bananen
1 kg
sFr. 2.10
Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Europa-Währung kommt bis 1999

Maastricht (spk/dpa) Die Staats- und Regierungschefs der EG haben sich am Dienstag in Maastricht darauf geeinigt, spätestens bis 1999 eine gemeinsame Währung einzuführen. Der Sprecher des niederländischen Finanzministers und EG-Ratsvorsitzenden Wim Kok erklärte, der Gipfel habe dem Beschluss der Finanzminister vom Vortag erwartungsgemäss zugestimmt.

Grossbritannien will der Marschroute zur EG-Währung aber weiter nicht zustimmen. Der britische Premierminister John Major erklärte sich schliesslich mit einem speziellen Protokoll zufrieden, das Grossbritannien die Möglichkeit lässt, sich später der Europa-Währung anzuschliessen. Die Finanzminister wollten den Text noch am Dienstag nachmittag ausarbeiten.

Untersuchungen im Hallenschwimmbad

Wegen technischer Probleme wurde das Hallenschwimmbad Eschen vorübergehend geschlossen, wie aus einem Inserat in den Landeszeitungen zu erfahren war. Inzwischen haben sich Gerüchte verbreitet, dass nicht technische, sondern andere Probleme der Grund für die Schliessung des Hallenschwimmbades waren.

Der Leiter des Landesveterinäramtes, Dr. Peter Malin, bestätigte auf unsere Anfrage, dass es Probleme mit der technischen Anlage gegeben habe, worauf entsprechende Massnahmen und Untersuchungen angeordnet worden seien. Insbesondere sind nach seinen Angaben bakteriologische Untersuchungen gemacht worden, deren Ergebnisse gestern noch nicht vorlagen, da diese einige Tage in Anspruch nehmen.

Angaben über Hautausschläge bei Schwimmbadbenutzern müssen abgeklärt werden, sagte Dr. Malin auf unsere Anfrage, da nicht sicher sei, dass diese Ausschläge auf das Wasser zurückgeführt werden könnten. Die Behörden werden, erklärte Dr. Peter Malin abschliessend, nach Vorliegen der Untersuchungsberichte die Öffentlichkeit informieren.

Schweiz: Eine Milliarde für humanitäre Hilfe

Bern (AP) Die Schweiz hat für die humanitäre Hilfe in den nächsten vier Jahren 1,05 Milliarden Franken zur Verfügung. Der Nationalrat hat am Dienstag wie bereits der Ständerat den Rahmenkredit mit 122 gegen null Stimmen gutgeheissen.

Das Überleben von Millionen von Männern, Frauen und Kindern hänge weltweit in Kriegs- und Katastrophengebieten von humanitärer Hilfe ab, rief Bundesrat Rene Felber dem Rat in Erinnerung. Der laufende Drei-Jahres-Kredit von 530 Millionen wird voraussichtlich im kommenden Februar aufgebraucht sein.

Der neue Kredit soll für mindestens vier Jahre ausreichen. Falls die angespannte Finanzlage des Bundes dies nötig mache, könnten die jährlichen Tranchen bei der Budgetberatung herabgesetzt werden, erklärte der Chef des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zu Bedenken, die vom Sprecher der SD/Lega vorgebracht wurden.

Damit würde sich die Laufzeit des Rahmenkredits automatisch verlängern.

Rey hat 800 Mio Franken Schulden

Zürich (spk) Aufgrund provisorischer Zahlen belaufen sich die privaten Schulden von Werner K. Rey auf 800 Mio Franken. Dies erklärte Alex Gossauer, stellvertretender Notar des Konkursamtes Zürich Altstadt, anlässlich der Gläubigerversammlung vom Dienstag in Zürich.

Über Aktiva soll Rey mit Ausnahme eines Rolls Royce, dessen Standort unbekannt ist, nicht verfügen.

Von 43 bekannten Gläubigern aus dem In- und Ausland mit insgesamt 15 Forderungen sind am Dienstag in Zürich 40 erschienen. Der Konkurs war am 14. September 1991 eröffnet worden. Rey selbst hatte sich am 3. September für zahlungsunfähig erklärt. Bekannte Konten sind in der Zwischenzeit eingefroren worden.

Als nächstes Traktandum steht an der Gläubigerversammlung die Wahl des ausserordentlichen Konkursverwalters an. In Frage kommen die Atag Ernst & Young, die Fides und Visura in Zusammenarbeit mit dem Zürcher Rechtsanwalt Jürg Blattner.